

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57  
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Wittmer)  
Sprechsprecher Amt Lühoro Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Lebensmittelwucher. — Gegen den Lebensmittelwucher. — Aus der Praxis der Arbeiterversicherung. — Kriegsbriefe. — Wochenbericht vom Krieg. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes.

## Lebensmittelwucher.

In Berlin, Chemnitz und anderen Orten sind in den letzten Tagen Lebensmittel- und „Butterkrawalle“ vorgekommen. Sie werfen ein bezeichnendes Licht auf die Ungehörlichkeit, mit welcher Landwirtschaft und Handel unbedenklich das deutsche Volk in eine innere Krise zu verstricken suchen.

Dem darüber kann es keinerlei Zweifel geben, die eigentlichen Urheber jener Vorkommnisse sind nicht die empörten Frauen, die ihren Herzen auf solche Weise Luft machen, sondern jene Streife, die sich skrupellos auf Kosten der Kollektenden in unerhörter Weise bereichern.

Dass die von Monat zu Monat wachsenden Preissteigerungen nur zum allergeringsten Teil durch den Weltkrieg und die künstliche Absperrung Deutschlands vom Weltmarkt hervorgerufen sind und zum weitaus größten Teil durch die Profitgier der Bauern, Händler und Kapitalisten, ist klar erkennbar. Gerade dadurch wirkt dieser Skandal so aufreizend und kann zu den bedenklichsten Vorgängen führen, wenn nicht unverzüglich den Lebensmittelwucherern das Handwerk gelegt wird.

Dass sonst zahme Kreise des Bürgertums — soweit sie nicht an den Dingen mit interessiert sind — erregt sind, beweist u. a. ein Artikel des „Mittelwärt“, in welchem W. Stapel die Frage aufwirft: „Muss es Wunder geben?“ Er kommt dabei zu folgenden bemerkenswerten Ergebnissen:

„Durch diesen Krieg ist die moderne kapitalistische Wirtschaftsordnung, die auf Selbsttötung gegründet ist, zum erstenmal in der Weltgeschichte vor eine wirklich ernsthafte Prüfung gestellt worden. Sie, die bisher ganz selbstverständlich „die“ Ordnung war, hat den Kampf ums Dasein zu bestehen. Nicht sowohl in England und Frankreich als in Deutschland. Das Deutsche Reich — als ein dicht besiedelter moderner Weltstaat, der plötzlich vom Weltverkehr abgeschlossen und wirtschaftlich in seine eigenen Grenzen zurückgedrängt ist — befindet sich ungefähr in der Lage, in der die Menschheit sich einmal befinden würde, wenn die gesamte Erdoberfläche soweit besiedelt wäre, daß kein Ueberfluß an Nahrungsmitteln mehr erzielt werden könnte. Das Deutsche Reich sammelt jetzt die wirtschaftlichen Erfahrungen, die einst vielleicht der ganzen Menschheit bevorstehen. Wird unsere Erkenntnis ausreichen, die Lösung zu finden, und unsere Tatkraft, sie durchzuführen?“

Die wirtschaftliche Lage ist die: Es sind soviel Mittel vorhanden, wie die Bevölkerung zu ihrem Leben bedarf, nicht,

wie einst, unbegrenzt viel mehr. Der Wettbewerb von seiten des Angebots ist also in gewisser Weise aufgehoben. Die wirtschaftliche Aufgabe ist nun, jene Mittel so zu verteilen, daß das Volk dabei bestehen kann. Löst der Kapitalismus diese Aufgabe, kann er sie lösen? Was wir bisher erlebt haben, spricht dagegen. Die erste Wirkung des Krieges in unserem wirtschaftlichen Leben war: auf seiten der Käufer ein Ansturm auf die Läden, jeder suchte an sich zu kaufen, soviel ihm nötig schien, ohne Rücksicht darauf, ob er seinen Nebenmenschen schädigte. So entstanden örtliche Teuerungen. Auf seiten der Hersteller und Verkäufer setzte ein Zusammenrücken und Zusammenhalten von allerlei Waren ein, die in absehbarer Zeit knapp werden würden. Man erwartete, bei erhöhtem Preise später ein größeres Geschäft zu machen — was hatte man sich um die Käufer zu kümmern? „Sehe jeder, wo er bleibe!“ Wenige Warengruppen sind dem Schicksal entgangen, durch diese Spekulation verteuert zu werden. Drittens setzte ein Aufschlag fast aller Preise, auch ohne spekulative Ursachen, ein, der nur zum Teil durch erhöhte Herstellungskosten berechtigt war. Unter allen möglichen Vorwänden wurden die Preise aufgeschlagen, oft einfach deshalb, „weil alles teurer wird“. Wo sie „mit Grund“ erhöht wurden, kamen oft nur die Gründe der Hersteller und Verkäufer, selten auch die Gegengründe der Verbraucher in Betracht. Mitte Juli waren die Gemüsepreise in Berlin im Durchschnitt mehr als doppelt so teuer als in derselben Zeit des Jahres vorher. (Salat 12 bis 20 Pf., der Mohr gegen 5 bis 8 Pf., Kollfobl 45 Pf., gegen 15 bis 20 Pf., Gurken 20 bis 40 gegen 10 bis 15 Pf. usw.). Das Angebot war dabei keineswegs geringer als früher. Der Landwirt erhielt für seine Schweine Preise, die über die tatsächliche Verteuerung der Kosten der Aufzucht hinausgingen. Aber nicht nur gegen die einzelnen, auch gegen den Staat richtete sich das Preistreiben. Man nutzte die geschäftliche Unkenntnis oder die Zwangslage der Behörden ohne Bedenken aus, um große Gewinne zu machen, das heißt, um sich auf Kosten der Steuerzahler zu bereichern. Der Erfolg all dieses kapitalistischen Betriebes war teilweise Anhäufung von Reichtum, teilweise Vergrößerung des Mangels. Die Kluft zwischen der Ueberfülle der Besitzenden und dem Mangel der Nichtbesitzenden wurde erweitert, trotz der Erhöhung der Löhne, der Teuerungszulagen hier und da. Bei rein kapitalistischer Wirtschaft bedeutet ja im „geschlossenen Handelsstaat“ der Handel eine Bereicherung der wirtschaftlich Stärkeren auf Kosten der Schwächeren.

Das alles geschah, obwohl gewaltige antikapitalistische Maßregeln angeleitet und durchgeführt wurden. Diese Maßregeln, die der wirtschaftlichen Selbsttötung die wirtschaftliche Pflicht entgegensetzten, bestehen aus drei Gruppen, nämlich (dem Wesen, nicht der zeitlichen Reihenfolge nach): Lohnerverordnungen, Höchstpreise, Verbrauchsregelung. Die Lohnerverordnungen wollen durch Furcht vor Strafe und Verlust den Verkäufer abbrechen, höhere Preise zu nehmen, als er

für seine Leistungen billigerweise beanspruchen kann. Aber die Grenzen sind dehnbar und die Möglichkeiten zur Umgehung unzählig. Ein schärferes Mittel sind allgemeine Höchstpreise. Durch sie kann man allerdings den Strom der Selbstsucht für weite Gebiete eindämmen, doch sichern immer wieder hier und da Wasserlein durch und drohen, breite Räden zu reißen. Das verhältnismäßig vollkommenste Mittel ist darum die Beschlagnahme der Waren durch die Allgemeinheit zu bestimmten, angemessenen Preisen und die Verteilung allein in Ansehung des Bedürfnisses. Das haben wir für die wichtigsten Lebensmittel, für Getreide und Mehl, bereits durchgeführt. Damit sind wir praktisch beim genauen Gegenteil des Kapitalismus, beim Sozialismus angelangt. Und daß diese Wirtschaftsform sich bewährt hat, darüber ist heute kein Zweifel mehr möglich.

So hat uns der Weltkrieg um einen entscheidenden Schritt vorwärts gebracht. Mag die wirtschaftliche Organisation, die uns die Zeit der Not lehrte, nach dem Friedensschluß wieder dahinsinken, es hat sich weithin offenbart, daß im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsform der Wucher steckt, daß dieser Wucher um so gefährlicher herausbricht, je bitterer die Not ist, daß die Ordnung, die auf der Selbstsucht beruht, zwar eine rechtliche, nicht aber eine gerechte sein kann. Und es ist weiter eine unverlierbare Erkenntnis, daß die Durchführung der sittlichen Pflicht auch im Wirtschaftsleben möglich ist, ja daß sie auf einem bestimmten Entwicklungspunkt den einzig gesunden Grundriß alles Wirtschaftslebens bildet. Wir sehen unter den frachenden Trümmern einer Welt die ersten Keime einer neuen sich emporringen. Der Rechtsstaat weicht auch hier dem Pflichtstaat.

## Gegen den Lebensmittelwucher.

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei haben dieser Tage dem Reichskanzler eine Zuschrift folgenden Inhalts übermittelt:

Die Unterzeichneten nehmen erneut Anlaß, die Aufmerksamkeit Ew. Excellenz auf die unerträgliche Preissteigerung unserer Nahrungsmittel zu lenken. Unser Volk steht vor einer ersten Gefahr, die abzuwenden eine wichtige Aufgabe der inneren Politik ist. Zu den vielen Opfern, die das deutsche Volk heute bringt, sind die ihm hier auferlegten nicht aus dem Zwange der wirtschaftlichen Verhältnisse diktiert, noch weniger sind sie als unüberwindlich zu bezeichnen. An Lebensmitteln haben wir gegenwärtig keinen Mangel, aber doch auch soviel zur Verfügung, daß wir im allgemeinen vor einer Hungersnot geschützt sind. Wir werden auf den Konsum einiger Artikel in höherem Maße Verzicht leisten müssen, weil hier die Inlandsproduktion den Bedarf nicht decken kann, aber wir haben zum Glück Ersatz in anderen Nahrungsmitteln, um den Selbstbedarf decken zu können. Noch immer begegnen wir indes der Ansicht, daß die Bevölkerung zur Sparsamkeit im Konsum erzwungen werden müsse, und dies am ehesten durch hohe Preise geschehen könne.

Dieser Tatsache müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Wenn gegenwärtig in Berlin das Pfund Butter bereits 2,80 Mark und Schmalz 2,40 Mk. kosten, so bedeutet diese Preissteigerung, daß die ärmere Bevölkerung vom Konsum der Butter und Schmalz ausgeschlossen wird, ohne daß die Wohlhabenden zur Einschränkung gezwungen wären. Es ist einfach unmöglich, daß von den Arbeitern, den Angestellten und weiten Kreisen des Klein-Einkommens solche Preise gezahlt werden. Unerträglich wird der Zustand noch dadurch, daß Margarine im Preise von 1,30 bis 1,50 Mk. für das Pfund schon den Preis erlangt hat, den die Butter früher erreichte. Speck steht im Preise der Butter gleich und ist deshalb nur noch selten im Haushalte des Armen, wie alle übrigen Fett- und Fleisch. Kann es da einem Zweifel unterliegen, daß unsere Bevölkerung Einbuße erleidet an einweis- und fetthaltiger Nahrung, das heißt unterernährt ist?

Nurüber sind die Klagen der Familien der Kriegsteilnehmer, die fortgesetzt an uns gelangen. Alle private Wohltätigkeit vermag nicht die Not zu lindern, die vielfach hier eingetreten ist. Vergegenwärtigen Sie sich die Lage, wenn Krankheit in der Familie den Verdienst der Frau schmälert oder die Krankheit der Frau ihn vollständig aufhebt. Wie soll mit der geringen Unterstützung ohne Ver-

dienst der Frau die Familie durchkommen? Bei den jetzigen Preisen ist es unmöglich; hier leidet Hunger und Entbehrung in die Familie ein, und das zu all dem Leid, der Sorge und Angst um den, der draußen sein Leben einsetzt für das Wohl und Wehe des Landes!

Mit all den Notleidenden müssen wir den bitteren Vorwurf erheben, daß es in Deutschland leider eine große Interessentengruppe gibt, die achtlos an diesem Jammer vorübergeht, ja, denen diese Preislage noch nicht hoch genug ist.

Klingt es nicht wie ein Hohn auf die Lage der ärmeren Volksklassen, wenn heute eine Aktiengesellschaft nach der anderen ihre hoch gesteigerten Gewinne aus der Nahrungsmittelindustrie bekanntgibt? Das ist ein Beweis, wie skrupellos die wirtschaftliche Notlage ausgenützt wird und wie dringend notwendig der energische Eingriff des Reiches ist.

Die Androhung mit dem Wuchergesetz, die Einsetzung von Kommissionen über Preisfeststellungen usw. schützen uns nicht vor Preissteigerungen, weil der Wucher nicht zu fassen ist; der Schleichwege sind viele und die Grenzen für zulässige Heberverteilung sind weit gezogen.

Wir bestreiten aber auch mit aller Entschiedenheit, daß die Landwirtschaft auf diese hohen Preise für ihre Produkte Anspruch hat. Es ist nicht wahr, daß die Landwirte erheblich gesteigerte Produktionskosten haben. Wir haben durch eine Umfrage auf einer Anzahl großer Güter in der Provinz Brandenburg festgestellt, daß stellenweise die Löhne gleichgeblieben sind, Lohnerhöhungen über 20 bis 30 Pf. pro Tag zu den Seltenheiten gehören. An die Stelle des Mannes ist die billigere Frauenarbeit getreten, ganz zu schweigen von den Vorteilen, die aus der Vereinfachung der Gesangen für die Großgrundbesitzer besonders erwuchs.

Ein Beispiel dafür, wie die Marktlage im freien Verkehr von der Landwirtschaft ausgenützt wird, geben uns die Viehpreise.

Nach der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats vom 7. September wurden im August d. J. auf dem Berliner Schlachtviehmarkt folgende Preise im Vergleich zum August 1914 für den Zentner Lebendgewicht notiert:

	August 1915	August 1914
Kühen . . .	a) 74,38 Mark	51,25 Mark
	b) 64, —	46,88
	c) 66, —	40,83
	d) 89,19	62,17
Rinder . . .	e) 74,88	47,17
	f) 62,39	39,50
	g) 178,75	48,31
	h) 181,54	48,71
Schweine . .	i) 181,29	47, —
	j) 146, —	44, —
	k) 146, —	44, —

Die Buchstabenbezeichnungen sind die bei den Notierungen üblichen Einteilungen nach Qualität des Viehs.

Die Schweinepreise sind somit über das Dreifache gestiegen. Wir haben in unseren früheren Eingaben darauf hingewiesen, wie notwendig Höchstpreise für Vieh sind, denn die freie Marktlage muß hier eine wilde Preistreiberei hervorrufen, da es natürlich an einem genügenden Angebot fehlt. Niemand kann behaupten, daß für die Schweinezucht die Landwirte heute das Dreifache aufwenden müssen. Nein, es ist die skrupellose Ausnützung der Marktlage, die zu solchen Wucherpreisen führt. Daß die Landwirte die freie Marktlage ausnützen wollen, um diese Preise zu erzielen, widerspricht den Interessen des Landes; diese Bestrebungen müssen durch Festsetzung von Höchstpreisen zurückgedrängt werden. Für die Regierung muß das Wohl des Landes und nicht das unberechtigte Vergehren von Leuten maßgebend sein, die immer nur im engen Bannkreis ihrer Interessen sich bewegen. Im übrigen verkennen wir nicht, daß nicht alle Landwirte sich mit diesem Zustand einverstanden erklären, ihn vielmehr als beklagenswert anerkennen.

Entsprechend den Viehpreisen sind die Fleischpreise gestiegen. Schweinefleisch ist gegenwärtig in Berlin nicht unter 2,10 Mk. das Pfund zu haben, für Wurst ist der Preis bis auf 3 Mk. gestiegen. Schmalz und Rindenfett sind bis auf 2,40 Mk. erhöht. Selbst der minderwertige Schweinebauch erlangt einen Preis von 1,90 Mk. das Pfund. Wie soll mit diesen Preisen eine Arbeiterfamilie ihren Haushalt einrichten? Dabei ist das Ende der Preistreiberei noch nicht abzusehen, wir haben mit weiterem Hinausschrauben der Preise zu rechnen.

Der Mangel an Fleisch und Fett läßt es notwendig erscheinen, auch hier ein Verteilungssystem einzuführen wie bei der Brotversorgung. Wir sind uns dabei bewußt, daß diese Verteilung für die ärmere Bevölkerung wenig Wert hat, weil sie schon auf kleine Rationen gesetzt ist, aber es muß den Wohlhabenden auch klar werden, daß Krieg ist und auch dort Einschränkungen gebietet sind gefordert werden.

Große Sorge bereitet uns die Milchproduktion und die Preissteigerung für dieses so wichtige und unentbehrliche Nahrungsmittel. Wir hatten bei früheren Besprechungen im Reichsamt des Innern empfohlen, daß durch Vermittelung von dieser Stelle mit den Organisationen der Milchproduzenten verhandelt werde, um ihre Anforderungen zu berücksichtigen. Anscheinend ist nichts unternommen, denn wir hören die befürchtete Preissteigerung. Am engen Zusammenhänge zwischen der Verteuerung der Fabrikgerste. Der hohe Preis von 100 Mk. für die Tonne, die der Deutsche Landwirtschaftsrat mit der Gerstenverwertungs-Gesellschaft vereinbart hat, bringt für den Landwirt den Anreiz, seine Gerste zu verkaufen, anstatt sie für die Viehhaltung zu verwenden. Mit der weiteren Steigerung des Wertes der Gerste wird neuer Anreiz für die höheren Viehpreise gegeben.

Eine andere Folge dieser rücksichtslosen agrarischen Bestrebungen ist, daß für gebrannte Gerste und für Graupen hohe Preise angelegt werden müssen. Gerade Nahrungs- und Genussmittel der ärmeren Volksklassen werden hier durch Preistreiber besonders getroffen.

Für gebrannte Gerste betrug der Preis vor dem Krieg 20 Pf. das Pfund, gegenwärtig 60 Pf. Der Mehl muß 200 Proz. mehr zahlen für seinen Maffeeerfab. während der Meide für seinen Staffee 5 Proz. Aufschlag zahlt. Alles das geschieht, ohne daß von der Regierung diesem Treiben mit Erfolg Widerstand entgegen- gesetzt worden wäre.

Die Antwort, welche Eugen Erzellenz dem Vorstände der Sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages Abgeordnetenhauses auf seine Eingabe erteilt hat, läßt zwar die Absicht erkennen, die schwierige Lage namentlich der unbemittelten Bevölkerung durch Regelung der Lebensmittelpreise und der Lebensmittelbeschaffung zu mildern.

Die bisher ergriffenen Maßregeln erscheinen aber nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen.

Die neuerdings zur Regelung der Kartoffelversorgung berufene Organisation kann auf ihrem besonderen Gebiete gewiß mancherlei Gutes schaffen, zu einer wirksamen Bekämpfung des Lebensmittelwunders wird auch sie nicht imstande sein.

Von der größten Wichtigkeit wären nicht nur Preisbestimmungen für Groß- und Kleinhandel, sondern auch für den Produzenten. Die Produzentenpreise sind gegenwärtig viel zu hoch; bei der künftigen Ernte hat die Bevölkerung ein Anrecht auf weit herabgesetzte Kartoffelpreise. Das ist um so notwendiger, als bei der Preislage für alle anderen Nahrungsmittel die Kartoffel für die ärmere Bevölkerung zu mäßigen Preisen auf den Markt gelangen muß.

Dringend ersuchen wir um eine weitere Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffelmehl und Kartoffelpräparate. Die hohen Preise, die heute über den Roggenmehlpreisen stehen, sind keineswegs gerechtfertigt; sie sichern den Unternehmungen nur unerhörte Gewinne. Die hohe Preislage für diese Produkte dient nur zur höheren Verwertung der Abfallkartoffel und damit wieder zu Preistreiberien für die Kartoffel.

Wir sind weit entfernt, der Landwirtschaft die höheren Produktionskosten nicht in Anrechnung zu bringen — aber diese Preise gehen weit über berechtigte Ansprüche hinaus; sie bedeuten Kriegsgewinne und nicht geringere Art. Dagegen erheben wir Einspruch.

Wie die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel im Haushalt gestiegen sind, das mag folgende Tabelle veranschaulichen:

**Nahrungsgenossenschaft Berlin und Umgegend.**

Mleinhandelspreis pro Pfund im August und Steigerung in Prozent:		1913		1915		St. in	
	Pf.	Pf.	Proz.	Pf.	Pf.	Pf.	Proz.
Tafelbutter	182	220	66	Gebrannte Gerste Ia	20	60	200
Margarine	90	130	44	Rafsa, gute Qual. Iose	120	260	116
Wachsmilch	78	210	178	Wahr. Bierfäse	80	120	50
Schmalz, deutsche, 2 St.	18	22	46	Gurjer Käse, 3 Stck	10	12	20
Schinken, geröstet	190	300	68	Zistler Käse	100	140	40
Schinken, roh	180	300	66	Pest. Speisefartoff. 5 kg	80	70	133
Schinkenfed	150	280	73	Bred. u. Schmittb. 1 Pf.-D.	85	40	11
Speck, fett	100	240	140	Schoten, junge	60	70	16
Speck mager	110	230	100	Baumweizenkörner	25	80	20
Wachsen, getrocknet	50	64	28	Graupen	22	60	172
Wingapfel	56	80	60	Hulstschoten II	25	60	140
Woiobeln	8	30	270	Walgengriech I	14	24	71
Bohnen, weiße, lange	22	60	172	Walgengriech II	18	28	44
Bohnen, weiße, kleine	18	64	211	Walgengriech III	18	28	44
Erbsen, kleinen	20	68	190	Pest. amerik. Catonbl	22	—	—
Kaffee, Qualität IV	190	198	4	Pest. Kangoon	22	60	172
Wahr. Walfaffee, Iose	25	40	60	Wahr. Weiss	23	28	21

Wir betonen noch einmal, daß die Preissteigerung, die uns die einheimische Landwirtschaft auferlegt, unsere Volksernährung

in ernste Gefahr bringt. Das zu verhüten, verlangen wir, und wir bitten, daß die Regierung auch dann keine Bedenken aufkommen läßt, wenn sich ihre Maßnahmen gegen eine starke politische Interessengruppe im Reiche richten. Das Wohl des gesamten Volkes erfordert, daß wir zu erträglichen Zuständen in der Lebensmittelversorgung kommen."

Die Preistreiber auf dem Lebensmittelmarkt wird vom Tag zu Tag schlimmer. Die Zahl derer, die von der Regierung verlangen, daß sie nur endlich ohne Rücksicht auf die gewissenlosen Preistreiber mit fester Hand zugreift, wächst immer mehr. Es sind längst nicht mehr allein die Vertreter der Arbeiterschaft, die sich an die Regierung um Hilfe wenden und Anklagen erheben. Auch in den Kreisen des Mittelstandes und der weniger hoch besoldeten Beamtschaft nimmt die Unzufriedenheit mit dem zögernden Vorgehen der amtlichen Stellen erschrecklich zu. Wahrscheinlich, es wird die höchste Zeit, daß energisch eingegriffen wird.

Sofort nach dem Ausbruch des Krieges haben die General-Kommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Regierung ihre Vorschläge zur Verhütung einer Lebensmittelnot unterbreitet, immer und immer wieder haben sie später auf die zunehmende Verdrümmung der Zustände auf dem Lebensmittelmarkt hingewiesen und Abhilfe verlangt. Alles, was geschehen ist, geschah entweder zu spät oder nur halb.

Die Verhältnisse haben sich jetzt derart zugespitzt — nicht aus Mangel an den notwendigen Nahrungsmitteln, sondern als Folge der gewissenlosen Spekulation! —, daß für das ganze Volk die größten Gefahren heraufbeschworen werden, wenn nicht auf die unaufhörlichen „Erwägungen“ und Sitzungen verzichtet und endlich zur Tat geschritten wird.

**Aus der Praxis der Arbeiterversicherung**

**Erstkrankenlastentag.** Am 11. Oktober fand in Frankfurt a. M. die diesjährige Tagung des Hauptverbandes deutscher Erstkrankenlasten statt. Aus den Verhandlungen ist besonders das Referat des Amtsrats Dr. Mayer-Krausenthal bemerkenswert, über die „Erstkrankenlasten der Krankenkassen aus den Kriegsfolgen und die Wirkung bei der Beseitigung der Kriegsschäden, insbesondere bei Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten“. Der Referent führt u. a. aus: Der Krieg bringe ungeheure Anforderungen an die Krankenkassen. Man dürfe sich nicht davor scheuen, wichtige sozialpolitische Probleme schon während des Krieges zu erledigen. Das Reich müsse eine größere Fürsorge für die Kriegsschädigten ausüben, als die bestehenden Gesetze zulassen. Der Medner legte seinen Ausführungen nachfolgende Leitsätze zugrunde, denen allgemein zugestimmt wurde:

1. Die Erstkrankenlasten sind bereit, der Fürsorge gesundheitsbeschädigter, in die Heimat zurückkehrender Kriegsteilnehmer ihre Verwaltung und ihre Einrichtungen weitmöglichst zur Verfügung zu stellen. Die hieraus erwachsenden Lasten werden voraussichtlich bei weitem die Mittel übersteigen, die die Krankenkassen nach dem Zweck der Krankenversicherung und auf Grund der gesetzlichen Vorschriften aufbringen können. Um daher die Leistungsfähigkeit der Krankenkassen sicherzustellen, muß ihnen ersetzt werden, was sie für Versicherungsfälle aufwenden, die durch Kriegsschädigungen verursacht sind.

Der Erstanspruch der Krankenkassen ist reichsrechtlich zu regeln. Zu erheben sind: für Krankenpflege drei Drittel des Grundlohns, der nicht unter dem Erstlohn stehen darf; bei Krankenhauspflanze für den Unterhalt außerdem die Hälfte des Grundlohnes oder Erstlohnes, Barleistungen in voller Höhe.

2. Um die Fürsorge für gesundheitsbeschädigte Kriegsteilnehmer wirkungsvoll zu gestalten, ist ergänzende Zusammenarbeit zwischen der Militärverwaltung, den Trägern der Invalidenversicherung und den Krankenkassen erforderlich. Solange das Mentem feststellungsverfahren bei anspruchsberechtigten Kriegsteilnehmern noch nicht abgeschlossen ist und solange die Beschädigung noch Heilbehandlungen erfordert, hat die Militärverwaltung die Krankenkassen selbst zu leisten und zu tragen. Die Träger der Krankenversicherung sollen berechtigt sein, auf ihre Leistungen für diese Zeit die Leistungen der Militärverwaltung anrechnen zu dürfen. Die Fürsorge für Kriegsteilnehmer, die nach der Entlassung aus dem Wehrdienst als invalide im Sinne des § 1255 der Reichsversicherungsordnung gelten oder bei denen ein Heilverfahren nach § 1269 der Reichsversicherungsordnung eingeleitet werden kann, übernimmt alsbald der Träger der Invalidenversicherung.

3. Den Krankenkassen werden aus den als Kriegsfolgen anzusprechenden Versicherungsfällen hohe Aufwendungen erwandern, auch dann, wenn ihnen ein besonderer Satzanspruch eingeräumt wird. Sie müssen deshalb schon während des Krieges bemüht sein, ihre Mühlage reichlich aufzufüllen."



### Kriegsbriefe

Die Armierungsoldaten während der französischen Offensive. Unser Kollege Georg Kenner schreibt uns aus Frankreich (nachdem er einige Tage Urlaub in Berlin verlebte), unterm 7. Oktober 1915: „L. Nr. 2.1 Die jetzt noch tobende englisch-französische Offensive hat auch unseren Quartierort nicht verschont gelassen. Als ich am 21. September, weil der Urlaub zu Ende, Berlin wieder verließ, traf ich auf dem Anhalter Bahnhof einen Kameraden meines Kommandos, der mir bereits mitteilte, daß ein Nachbarort unseres gegenwärtigen Standortes beschossen worden sei. Die Stadt C., meine letzte Wohnstation, war eine Stunde vor meinem Eintreffen mit Fliegerbomben belegt worden. Glücklicherweise ohne Erfolg, obwohl der französische Generalstabsbericht am nächsten Tage das Gegenteil behauptete. Es schien also, als ob die ganze in deutschen Händen befindliche Gegend unter Feuer genommen werden sollte. Unserem Ort war noch nichts passiert. Jedoch sollten auch wir nicht mehr lange darauf warten. 21 Stunden nach Eintreffen in meinem Quartier wurden auch wir vom Bombardement französischer Artillerie ereilt. Die Beschädigung wiederholte sich jeden Tag. Da die Granaten aber fast durchweg rechts und links vom Dorf in freie Felder schlugen, wurden wir nicht sonderlich erschreckt. Am 29. September war uns von den Unteroffizieren für fleißige Arbeit zeitiger Feierabend verprochen worden. Jeder von uns gab nun her, was seine Kräfte vermochten. So kam es, daß Punkt 4 Uhr unser Penum erfüllt war. Punkt 4 Uhr faßte aber auch die erste Granate über unsere Köpfe hinweg. Strahlend schlug sie in einen Garten unseres Dorfes ein, den Boden weit aufwühlend. Die Beschädigung wurde immer heftiger. Ich hielt es mit einem Kameraden für besser, nicht nach unserem Ort zurückzukehren, sondern uns seitwärts über Wiese, Bach und Felder in das Nachbarort zu retten. Angenehm war diese Nacht gerade nicht. Denn das Bombardement erfolgte diesmal aus mehreren Geschüben verschiedener Größe. Ein Teil der Geschosse ging immer über unsere Köpfe hinweg, vor uns in das Erdreich schlagend. Endlich hatten wir beide den Eingang des Nachbarortes erreicht, wo inzwischen noch weitere Flüchtlinge (Zivil und Militär) ein getroffen waren. Freudig war unsere Stimmung keineswegs, mit der wir das Einschlagen der Granaten in unseren Kriegesheimatort beobachteten. Rührend flog ein solches Nest in den Bach und rief durch das Kräpieren eine haus hohe Fontäne hervor. Mit furchtbarem Knall barsten hintereinander direkt am Dorfeingang ihrer zwei. Jedemal glaubten wir, daß ein Haus hinweggefegt worden sei. Beide Schüsse hatten aber nur die neu aufgeschüttelte Chauffee getroffen. Da, ein ungeheurer Krach und eine über haus hohe schwarze Rauchwolke mitten im Dorf. „Das traf den Bahnhof!“ rief mein Kamerad. Das war auch meine Auffassung. Nach einigen Minuten kam atemlos und befüßt ein Kamerad vom ... Armierungsbataillon genannt. „Euer Haus steht nicht mehr!“ rief er uns beiden zu. Ungläubig schüttelten wir die Köpfe. Er bestand aber auf seiner Meinung, und die Schilderung seiner Beobachtungen ließen uns ihm zu glauben. Der Schuß, der nach unserer Meinung den Bahnhof traf, hatte also unser Quartier vernichtet. Furchtbar matten wir uns das geschehene Unglück aus. Wie viele Kameraden, mit denen wir nur seit Monaten alle Straßen geteilt hatten, würden von dem furchtbaren Geschloß zerrissen worden sein. Hatte doch unser Verichterstatter kurz vor der Explosion noch solche in dem unglücklichen Hause gesehen. Endlich hörte das Schießen auf. Jaghaft, mit Trauer im Herzen, strebten wir unserem Heimatort zu. Zu unserer größten Freude gewahrten wir aber, daß unser Haus noch unversehrt war. Der Schuß war nur kurz hinter der angebauten Küche in das Erdreich gegangen. Glücklicherweise keine Verletzung! Unglück passiert war, holten wir uns aus der so bedroht gewesenen Speisezubereitungsanstalt Kaffee und setzten uns nun zum Abendbrot in unser Quartierzimmer. Doch plötzlich wieder ein furchtbarer Knall. Ohne Besinnen ließen wir Kaffee, Brot und Butter im Stich und stürzten entsetzt aus dem Hause. Ich konnte nur noch eine ungeheure schwarze Rauchwolke am Eingang des Dorfes sehen. Die Granate war wieder in die Chauffee gelangt. Mit leuchtendem Atem stürzten wir und viele andere an der Kirche und dem dahinter liegenden Lazarett vorbei. Kranke und Verwundete aus diesem strebten laufend, humpelnd oder von Wärtern getragen dem an der Spitze der Kirche angebauten Unterstand zu. Unser Ziel war der Ort unserer ersten Zuflucht. Auf halbem Wege fanden wir aber hinter der Böschung der Chauffee Deckung. Furchtbar war nun das Bombardement. Krach auf Krach schlugen krepiend die Granaten hinter und seitwärts von uns ein. Automatisch warfen wir uns beim Abfeuern der Geschosse, das wir deutlich hören konnten, nach Soldatenart platt auf den Bauch. Die Zahl der Zufluchtstuchenden an unserem Fleck wurde immer größer. Darunter viele Lazarettfranke, Sanitäter und einige Ärzte. Eine besonders starke Detonation aus dem Dorfe mit folgender Staubwolke verriet uns, daß ein Volltreffer ein Gebäude getroffen hatte. Der eine rief: Es ist die Kirche, der andere das Lazarett. Wir sollten jedoch nicht lange im Unklaren bleiben. Gleich darauf kamen neue Nachrichten, gleich und verhiert vom angedeuteten Schreden. Ein Lazarettfranker blutete aus einer handbreiten Schädelswunde, ein

anderer kam mit Fontanschürfungen im Gesicht an. Beide wurden sofort verbunden, dritte schrien nach Ärzten, die in das Dorf kommen sollten. Ein Volltreffer hatte die Kirche getroffen, ein weiterer den massiven Anbau zu einem Wohnhause. Endlich stellten die Franzosen das Schießen wieder ein. Wir kehrten ins Dorf zurück. Aus dem unversehrten Unterstand hinter der Kirche klang Stöhnen und Wimmern hervor. Furchtbar sah aber die Kirche selbst aus. Der Schuß hatte ein circa 3 Meter Durchmesser großes Loch durch die Mauer geschlagen. Im Innern war fast alles demoliert. Viele Polen vom ... Armierungsbataillon hatten darin Wort um Schutz angefleht, andere Soldaten darin Deckung gesucht. Wenige von ihnen konnten sich retten. Sie wurden entweder vom einströmenden Mauerwerk begraben oder ein Opfer der Granatplitter. Die Verunglückten dauerten bis weit in die Nacht. Wie groß die Zahl der Menschenopfer an diesem Tage war, konnte ich nicht mit Bestimmtheit erfahren. Als höchste Ziffer wurden mir 11 Tote und 24 Verwundete genannt. Die Ziffern sind aber sicher übertrieben. Die meisten Opfer hat der Schuß in die Kirche gefordert. Darunter waren 3 Tote und 7 Verwundete vom ... Armierungsbataillon. Unser Kommando kam mit einem Leichtverletzten davon. Von einem Schuß, der vor das Dorf fiel, wurden auch drei Telegraphensoldaten beim Ausbessern der Leitungen getötet. Die Beschädigungen wurden dann noch bis 3. Oktober fortgesetzt. Wir brachten uns immer rechtzeitig in Sicherheit. Aber auch obdem wurde kein neuer Schaden angerichtet, weil die Geschosse nur immer das Erdreich trafen. Ob die Waffenruhe nunmehr von Dauer sein wird? Noch zweifeln wir daran, doch hoffen wir, mit dem Zusammenbruch ihrer Offensive werden die Franzosen diesen ihren Ort vor weiterer Anwesenheit bewahren. Ich persönlich habe die Schrecknisse, trotz meiner ramponierten Nerven, ganz gut überstanden. Aber im Interesse der Menschheit wünsche ich jetzt noch schmerzlicher als vorher den baldigen Frieden. Hoffentlich bleibt Ihr Nach zu Hause Gebliebenen vor solchem Verrenten bewahrt im Interesse der Organisation und Eurer Familien. Sei nebst allen anderen Kollegen bestens gegrüßt!

### Wochenbericht vom Krieg

Die französisch-englische Offensive scheint allmählich zu verebben. Nur Teilangriffe verzeichnen die letzte Woche, die sämtlich unter schweren Verlusten abgeblieben wurden. Wie gefährlich und großartig die Offensive geplant war, beweist ein weiterer amlicher französischer Geheimbefehl vom 21. September, dessen Wortlaut geradezu als Kriegesdokument gelten kann: „Allen Regimentern ist vor dem Angriff die ungeheure Kraft des Stoßes, den die französischen und englischen Armeen führen werden, etwa in folgender Weise klar zu machen: Für die Operationen sind bestimmt: 35 Divisionen unter General de Castelnau, 18 Divisionen unter General Foch, 13 englische Divisionen und 15 Kavallerie Divisionen (darunter 5 englische). Außerdem stehen zum Eingreifen bereit: 12 Divisionen und die belgische Armee. Drei Viertel der französischen Streitkräfte nehmen somit an der allgemeinen Schlacht teil. Sie werden unterstützt durch 2000 schwere und 3000 Feldgeschütze, deren Munitionsvorräte bei weitem jene vom Beginn des Krieges übersteigt. Alle Vorbereitungen für einen sicheren Erfolg sind gegeben, vor allem, wenn man sich erinnert, daß bei unseren letzten Angriffen in Osgend Arras nur 15 Divisionen und 300 schwere Geschütze beteiligt waren. Roffre.“ — Inzwischen hat nun auch Bulgarien aktiv eingegriffen und die serbischen Armeen haben den dreifachen Druck vom Norden, Nordwesten und Osten auszuhalten, zu dem sich bald eine bulgarische Armee im Süden (Mazedonien) gesellen dürfte. Die Kampferichte stimmen darin überein, daß sich die Serben in ihrem Verzweiflungskampf äußerst tapfer schlagen und da das gebirgige Land die Verteidigung erleichtert, wird mancher deutliche und österreichische Soldat auf herblichem Boden verbluten. — Die Haltung Griechenlands ist unverändert neutral, indessen ist der englisch-französische Druck durch Blodacandrohung, Truppenlandung usw.) sehr stark. Auch Rumänien hat noch keine Entscheidung getroffen, ruft aber schon einzelne Jahrbände zu den Waffen! — Politisch bedeutsam ist der Rücktritt des französischen Ministers des Aeußeren, Delcassé, einer der eifrigsten „Eintreiber“ Deutschlands, der (soweit von einzelneschlicher Schuld bei diesem Weledrama überhaupt geredet werden kann) seit einem Jahrzehnt gegen Deutschland diplomatisch gearbeitet hat und insofern im gewissen Sinne stark misbillig am Kriegsausbruch ist. — Daß kurzzeit starke Unstimmigkeiten in der „Entente“ vorhanden sind, ist außer Frage. Das „alte“ Abenteuer (die Sadanellen) ist noch nicht aufgegeben und das „neue“ (die Landung von Truppen in Saloniki), findet erhebliche Bedenken in Frankreich und England, während Italien und Rußland sich vorerst wenigstens mit Truppen überhaupt nicht

beteiligen. — So könnte man in Deutschland die militärischen Vorgänge mit einer relativen Beruhigung verfolgen, denn die Entscheidungen reifen allmählich heran, wenn — nicht im Innern bei uns die Feuerungsverhältnisse in ein Stadium getreten wären, das jeder Beschreibung spottet. Da hat man in aller Welt unser deutsches Organisationsstatut bewundert und nun müssen wir uns vom organisierten Wucher in einer Weise randschaffen lassen, die selbst den Gleichgültigsten zu Zorn und Wut aufstacheln. Ohne Zweifel hat hier der Reichstag völlig versagt und die Dankkammer des Bundesrats vermag mit ihren "Verordnungen" augenscheinlich ebensowenig dieser Dinge Herr zu werden. Teuerung während eines Weltkrieges ist verheerlich und wird auch vom Volk verstanden; solche Teuerung, wie sie zurzeit bei den wichtigsten Nahrungsbedürfnissen besteht, ist nicht nur unverständlich, sondern auch unverantwortlich.

**10. Oktober.** Im Westen werden Sandgranatenangriffe abgewiesen und 8 feindliche Flieger zum Abiturz gebracht. — Ostliche russische Angriffe am Sereth (Lugalzen) wurden zurückgeschlagen. — An der serbischen Front wird der Donaubogen von Kam erfüllt. Bisher 14 Offiziere, 1512 Gefangene, 17 Geschütze, 5 Maschinengewehre. Die Österreicher eroberten bei Belgrad 35 Geschütze, viel Kriegsmaterial, ferner 600 Gefangene. — **11. Oktober.** Nördlich von Arras, bei Loos und nordöstlich Souchez und in der Champagne brechen harte französische Angriffe unter schweren Verlusten zusammen. — Armee v. Hindenburg erwähnt in 2 1/2 Kilometer Breite russische Stellungen von Illurt (bei Dinaburg), 367 Gefangene. — In Serbien wird die Stellung Semendria erobert. — **12. Oktober.** Sämtliche französische Teilangriffe an der Westfront scheitern. — Russische Angriffe bei Dinaburg und nordöstlich Smorgon werden abgewiesen. Dinaburg wird mit Zepelinbomben belegt. — An der Strypa (Wolynien) werden russische Angriffe abge schlagen. — An der italienischen Front Westschweizer. — In Serbien deutscher Angriff auf Bozarevac. — **13. Oktober.** Der französische Minister des Innern Delcassé (Hauptkriegsgeheimrat) nimmt seinen Abschied. — Zwischen Operu und Loos werden 5 heftige englische Angriffe hinter Rauch- und Gaswolken unter schweren Verlusten abge schlagen. Südlich Anars und östlich Souchez werden einzelne Höhen vom Feinde gesäubert. 400 gefangene Franzosen. — In der Champagne bei Tahure brechen 5 harte französische Angriffe blutig zusammen. — In Etien bei Illurt (Dinaburg) 650 Gefangene. — Deutsche Truppen (Armee Potthmer) werfen in Wolynien die Russen über die Strypa. Österreicher schlagen die vorrückenden Russen bei Zaropol zurück. — Auf dem serbischen Kriegsschauplatz scheitern die Angriffe der Verbündeten erfolgreich fort. — Deutsche Marineflottillen haben London mit Bomben belegt. — **14. Oktober.** Bulgarien erklärt Krieg an Serbien! (Begründung: serbischer Grenzüberfall.) — Im Westen bei Vermelles und in der Champagne werden einzelne Stellungen von Franzosen "gesäubert". 300 Gefangene. — Die Bahnhöfe von Chalons und Vitry le François werden von Luftschiffen mit Bomben belegt. — Russische Angriffe bei Dinaburg werden unter ungewöhnlich schweren Verlusten abge schlagen. — Bahnhof Winsk wird mit Luftschiffbomben belegt. — Bei der Seeresgruppe v. Mackensen nehmen die Operationen in Serbien ihren planmäßigen Verlauf. Südlich Belgrad und Semendria werden die Serben zurückgedrängt. 3 Geschütze, 450 Gefangene. — Das besetzte Bozarevac wird erobert. — Bulgarische Armee beginnt den Angriff über die serbische Chuznje. — **15. Oktober.** England erklärt an Bulgarien den Krieg. — In der Champagne (Auberive) scheitern französische Angriffe. 600 Gefangene. — Am Hartmannsweilerkopf (Lothringen) hat deutscher Teilangriff vollen Erfolg. 226 Gefangene, 6 Maschinengewehre. — Russischer Vorstoß westlich Dinaburg scheitert; ebenio bei Wessolowo. 411 Gefangene. — Armen v. Mackensen sind im Nordosten in Serbien. Der Ort Smoljina (östlich Bozarevac) ist erobert. — Bulgarische Truppen erzwingen Uebergang über die Grenzlinie zwischen Straczin und Strumica. Citwerke von Zajcar sind genommen. — Österreicher stürmen südlich Belgrad die Höhen von Vma. — Italienische Front: alle Angriffe abge schlagen. — **16. Oktober.** Am Westhang des Hartmannsweilerkopf (Lothringen) sind die jüngst eroberten französischen Stellungen von uns wieder geräumt. — Ostlich von Rittau (Aurland) werden russische Stellungen erobert. 1000 Gefangene. — Vor Dinaburg sind harte russische Angriffe abge schlagen. 440 Gefangene. — Die deutsch österröichischen Truppen dringen überall in Serbien vor und erobern unter heftigem Widerstand zahlreiche Höhen des gebirgigen Gebietes. Ausgesamt hat Armee v. Mackensen 68 Geschütze erobert. — Bulgarische Armee Wozajeff erzwang den Uebergang über den Timokfluß. Der 1198 Meter hohe Glogowaberg wird erobert. 8 Geschütze erobert, 200 Gefangene. — Italiener setzten auf dem Plateau von Daberdo mit mehreren Infanterieangriffen ein, die sämtlich unter schweren Verlusten abgewiesen wurden. — **Frankreich** erklärt Krieg an Bulgarien.

• **Aus den Stadtparlamenten** •

**Kriegs-Teuerungszulage.**

**Berlin.** Seit dem 1. Juli wird in den Gaswerken eine weitere Teuerungszulage in Höhe von 5 Pf. pro Stunde gewährt. In den Wasserwerken wird seit dem 1. August täglich eine Stunde mehr bezahlt als gearbeitet wird. In fast allen anderen Betrieben sind ähnliche Zulagen in Aussicht genommen.

**Berlin-Treptow.** Allen Angehörigen und Arbeitern mit nicht mehr als 2000 Mk. Jahreseinkommen wird eine monatliche Teuerungszulage von 10 Mk. gewährt.

**Bayreuth.** Es werden gezahlt 3 Mk. an Arbeiter ohne Kinder, 6 Mk. bei 1-2 Kinder, 9 Mk. bei 3 Kinder, 12 Mk. bei 4 Kinder und 15 Mk. pro Monat für 5 und mehr Kinder; aber nur bei einem Lohn Einkommen von unter 1400 Mk.

**Charlottenburg.** Seit dem 1. April d. J. zahlt die Stadt Charlottenburg ihren Beamten und Angestellten mit höchstens 2000 Mk. Einkommen eine Teuerungszulage von 3 Mk. für Ledige und Verheiratete ohne Kinder und von 6 Mk. für jedes Kind. Die damals noch erträglichen Lebensmittelpreise sind inzwischen erheblich ansteigen, so daß sich eine Erhöhung der Löhne als dringend erforderlich erwies. Der Magistrat hat deshalb beschlossen — und den Stadtverordneten vorgeschlagen — mit Wirkung vom 1. Oktober ab, und zwar bei Verheirateten und bei einer erweiterten Einkommensgrenze von 2500 Mk. die Teuerungszulage folgendermaßen festzusetzen: Ledige und kinderlose Verheiratete erhalten fortan statt 3 Mk. 12 Mk. pro Monat, Verheiratete mit einem Kind 18 Mk. statt 6 Mk. und für jedes weitere Kind je 6 Mk. Auch für diejenigen Angestellten, die schon seit Jahren eine Familienzulage beziehen, wird der Zuschlag für jedes Kind entsprechend den neuen Grundätzen erhöht. Durch diese Maßnahmen hofft der Charlottenburger Magistrat die empfindliche Teuerung in etwas auszugleichen.

**Danzig.** Alle Handwerker und Arbeiter erhalten jetzt eine tägliche Teuerungszulage von 1 Mk. pro Tag.

**Dortmund.** Eine Teuerungszulage von monatlich 5 Mk. für jedes Kind wurde ab 1. August bewilligt. Die Familien der eingezogenen Arbeiter erhalten bei 1 Kind 4 Mk., 2 Kinder 8 Mk., 3 Kinder 12 Mk., 4 Kinder 16 Mk. monatlich.

**Essen a. Ruhr.** Bei 1-2 Kindern werden 2,50 Mk., bei 3-4 Kindern 2,75 Mk., über 4 Kinder 3,— Mk. Zulage pro Woche gezahlt.

**Fürth i. B.** Ledige Arbeiter und Arbeiterinnen unter 1400 Mk. Jahreseinkommen erhalten 4,50 Mk., Verheiratete ohne Kinder 6 Mk., bei 1-2 Kinder 9 Mk., 3-4 Kinder 12 Mk. und mehr als 4 Kinder 15 Mk. monatlich. Ausgenommen sind die Arbeiter mit über 2100 Mk. Jahreseinkommen und die vorübergehend eingestellten, also Notstandsarbeiter.

**Gagen i. B.** Alle Arbeiter mit mehr als dreimonatiger Beschäftigung erhalten eine Zulage von 2,50 Mk. und für jedes Kind gleichfalls 2,50 Mk. pro Monat.

**Hof i. B.** 2 Pf. pro Stunde Teuerungszulage auf Kriegsdauer wurde bewilligt.

**München.** Die städtischen Arbeiter erhalten ab 1. Mai d. J. eine Teuerungszulage von 30 Pf. pro Tag.

**Neußlin.** Die Kriegswirtschaftskommission in Neußlin hat beschlossen, den städtischen Arbeitern und Angestellten Teuerungszulagen zu gewähren. Und zwar sollen die städtischen Arbeiter mit einem Lohn bis zu 2200 Mk. an Stelle der bisherigen vorgesehenen einmaligen Teuerungszulage eine tägliche Zulage von 50 Pf. für die Dauer des Krieges erhalten. Die gleiche Regelung soll hinsichtlich der verheirateten Beamten, Bediensteten und Lehrpersonen mit einem Jahresgehalt bis zu 2200 Mk. eintreten. Im übrigen soll die einmalige Teuerungszulage auch gezahlt werden an die verheirateten Beamten usw. mit einem Jahresgehalt bis zu 2700 Mk., ohne daß die bisher beschlossene Bedingung, daß drei Kinder unter 16 Jahren zu erhalten sind, aufrechterhalten wird.

**Neumdeib.** Die seit dem 1. September bewilligte Teuerungszulage beträgt für den Arbeiter 5 Mk., für die Ehefrau 3 Mk. und für jedes Kind 2 Mk. monatlich.

**Tüft.** Die Löhne für Arbeiter und Handwerker wurden um 5 Pf. für die Stunde und die Familienzulagen (d. h. für jedes Kind unter 18 Jahren) um 1 Mk. pro Monat erhöht. Für die verheirateten Beamten und Lehrer wurden folgende Teuerungszulagen beschlossen: für Dienstleistungen von nicht mehr als 2000 Mk. 100 Mk. Zulage, sowie für jedes und jährlich 75 Mk. für das erste, je 50 Mk. für jedes weitere Kind; für Dienstleistungen von mehr als 2000 bis 3000 Mk. eine Zulage von 100 Mk. für das erste Kind nichts, für jedes weitere Kind 50 Mk. Die Zulagen traten mit Wirkung des 1. April d. J. in Kraft.

**Weiden.** Kriegs-Teuerungszulagen für die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die weniger als 2000 Mk. pro Jahr beziehen, hat jetzt endlich die Gemeindeverwaltung bewilligt.



Man hat sich nach dem Berliner Küster gerichtet und 10 Mk. pro Monat für jeden Beteiligten ausbezahlt. Diese Zulagen werden vom 1. September ab gezahlt. Ausgenommen sind hiervon alle diejenigen, die während der Kriegszeit zu höheren Löhnen als die bisher üblichen eingestellt worden sind.

### Erholungsurlaub.

**Mühlhausen i. G.** Der Erholungsurlaub wird hier nicht ganz gewährt, wie wir kürzlich mitteilten, sondern auch nur zur Hälfte. Der Arbeiter rüht dabei, daß der stellvertretende Bürgermeister, Herr Regierungsrat Roepffel, in öffentlicher Gemeindefaustschüttung auf eine Eingabe von uns erklärte: die Arbeitsordnung sei „in ihrem alten Umfang“ wieder in Kraft gesetzt; wozu wir selbstverständlich auch den ganzen Urlaub rechnen mußten. Der Betriebsleiter der Straßenreinigung, Herr Bismarck, hat aber vor der Urlaubsverfügung des Bürgermeisters so wenig Respekt, daß er nicht einmal den halben Urlaub gibt, wie es der Bürgermeister verfügt, sondern verschiedenen Arbeitern noch weniger wie die Hälfte des früheren Urlaubs.

### Aus unserer Bewegung

**Görlitz.** Trotz der Kriegsjurie weisen unsere Mitgliederversammlungen immer noch einen guten Besuch auf, so auch diese am 16. Oktober. Der Kassierer berichtete über unsere dritte Quartalsrechnung 1915. Sie weist eine Einnahme von 576,13 Mk. und eine Ausgabe von 182,65 Mk. auf, somit bleibt ein Massenbestand von 393,48 Mk. An die Hauptkasse wurden gezahlt 51 Mk. in Einzahlungen, für Kranken- und Familienunterstützung in bar 98,93 Mk. Hierauf berichtete der Vorsitzende über: „Zentralarbeitsrat, Kriegsverletztenfürsorge und Kriegsfolgenauswärtige.“ Betreffs Kriegsverletztenfürsorge sollen sämtliche Gewerkschaften bis 1. November die Zusage beim hiesigen Arbeitersekretariat erteilen zwecks Mitgliederwerbung des Vereins „Kriegsheimatfürsorge“, bei einem jährlichen Beitrag von 10 Mk. Als Mitglied unserer Filiale wird der Vorsitzende Kollege Prose bestimmt. In kurzer Ansprache wies Legierer auf die Leistungen unserer Organisation während eines Jahres Kriegsdauer hin. Er führte an, unter welchen Umständen unsere Organisation eintreten müßte, um der Arbeitslosigkeit vorzubeugen, andererseits aber wieder bestrebt war, Feuerungszulagen durchzusetzen für alle städtischen Arbeiter. Nach den enormen Leistungen unseres Verbandes, die Redner im einzelnen darlegte, muß es einen jeden von uns anspornen, die Organismen mehr als bisher unserer Organisation anzuführen. Im „Geschäftlichen“ erwähnte der Vorsitzende die Mitglieder, zu der am 5. November stattfindenden Stadtverordnetenwahl alles daran zu setzen, daß unsere Arbeitervertreter (7 an der Zahl) wieder in das Stadtparlament einziehen. Weß doch ein jeder von uns, wie die „Arbeiterfragen“ im Stadtparlament geregelt werden. Nach kurzer Aussprache über nochmalige Bewilligung einer Feuerungszulage wurde die Versammlung geschlossen.

**Kalle.** Am 2. Oktober fand unsere Versammlung im „Volksparl.“ statt. Kollege Müller gab bekannt, daß die Kollegen Emil Kaubut und Gander auf dem Felde der Ehre gefallen sind. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser Kollegen in üblicher Weise. Unser Aktiva-Vorstand hat auf Wunsch des Ortsvereins der Kirch-Sunderländer mit diesem zwei Sitzungen abgehalten zwecks gemeinsamen Besprechens wegen der Eingabe über die Feuerungszulage. Der anwesende Vorsitzende der S.-Z. nahm dazu das Wort, um seine Wünsche zu unterbreiten. Die Versammelten waren mit den Vorschlägen einverstanden. Kollege Schuchardt-Leipzig erläuterte ebenfalls die Eingabe. Es konnte nicht zum Schaden sein für die städtischen Arbeiter, wenn in dieser Zeit die wirtschaftlichen Fragen und Eingaben gemeinschaftlich behandelt würden. Doch könnten wir uns nicht schließen; für spätere Zeit wäre es Sache der Kollegen, wie sie es machen wollten. Redner wies auf die Artikel in Nr. 40 der „Gewerkschaft“ hin. — Einem in dringender Not befindlichen Kollegen wurden zur Unterstützung seiner Familie 5 Mk. bewilligt.

**Münden.** In der Quartalsversammlung vom 10. Oktober erfaßte Kollege Boss den Massenbericht vom 3. Quartal 1915. Die Gesamteinnahmen betragen 32.934,67 Mk., die Gesamtausgaben 12.714,26 Mk.; der Massenbestand beträgt 20.220,41 Mk. An Unterzahlungen wurden insgesamt 4470,50 Mk. gezahlt. Die Mitgliederzahl beträgt (einschließlich der im Felde stehenden) 713 Kollegen; 2579; das ist gegenüber dem 2. Quartal 1915 eine Zunahme von 36 Mitgliedern. Maßnahmen wurden in diesem Quartal 100 gemacht, als im Felde gefallen sind bis jetzt 40 Kollegen gemeldet, unter ihnen befindet sich auch unser Gauleiter Kollege Sebald. — Kollege Weig gab ein Bild über die Tätigkeit der Verbandsleitung. Im Mittelpunkt der Arbeiten standen die Feuerungszulagen, worüber fortlaufend in der „Gewerkschaft“ berichtet worden ist. Die beantragten Feuerungszulagen für die pensionierten städtischen Arbeiter usw. wurden abgelehnt mit der eigentümlichen Begründung, daß hinsichtlich ein ähnliches Gesuch der Beamten abschlägig verweigert worden sei. Dieser Standpunkt ist schon um deswillen bedauerlich, als die Person der städtischen Arbeiter in den aller-

meisten Fällen 30 bis 40 Mk. im Monat nicht übersteigt; selbst unter Zuzurechnung der Invalidenrente ist es in der gegenwärtigen Zeit einfach unmöglich, existieren zu können, ohne andere Einkommen anzugeben. Eoufliche Lohnverbesserung erhielten die Laternenwärter als Erledigung ihrer schon vor Jahren eingebrachten Gesuche; außerdem erfolgt ab 1916 eine Lohnregelung bei den Schulhausbadefrauen, die nun auch die verlangte Dienstkleidung bekommen haben. Eine Lohnregelung erfolgte außerdem in den städtischen Suppenanstalten und Volkshäusern bei den Kellerinnen. Für die Arbeiterinnen im Hauptamtstasdepot wurde die Erhöhung der Löhne um täglich 60 bis 85 Pf. mit Nachzahlung vom 1. August erreicht. Im Gärtnertheater wurde durch Vermittlung die Wiederherstellung der Friedensgagen durchgeführt, desgleichen auch im Volksbheater. Es steht zu wünschen, daß dem auch bald die Zahlung der Nachmittagsvorstellungen folgt, soweit dies nicht schon in dem einen oder anderen Theater der Fall ist. — Ein neues Tätigkeitsgebiet hat sich der Verbandsleitung in der Kriegsfürsorge erschlossen. Hervorzuheben ist besonders die Erweiterung der Unterstützungsbemühungen bei den Familien der zum Seeresdienst eingezogenen städtischen Arbeiter. — Bezüglich unserer Stellung zum Etat 1916 schlug Kollege Weig vor, es bei dem vorjährigen Modus zu belassen, was auch beschlossen wurde. — In der Diskussion wurde der Wunsch einer Lohnerhöhung für die bei der Feuerungszulage unberücksichtigt gebliebenen Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesprochen und die weitere Stellungnahme der Verbandsleitung überlassen. Weiter soll die Gewährung der 1½stündigen Mittagspause während des Krieges im Winter angestrebt werden, um es den Arbeitern zu ermöglichen, ihr Mittagessen zu Hause einnehmen zu können; diese Veräußerung soll aber keinen Entzug der Pause oder eine Verlängerung der Arbeitszeit durch früheren Arbeitsbeginn oder späterem Ende derselben zur Folge haben. Es sei auch auf den Vorschlagsbescheid vom Jahre 1908 aufmerksam gemacht, demzufolge bei besonderer Dunkelheit die Arbeiten im Freien schon vor 6 oder 5½ Uhr beendet werden können. Es ist zu wünschen, daß dieser Vorschlag jetzt mehr Beachtung findet als im vorigen Jahre.

**Müstringen.** Am 10. Oktober fand in Cadwaffers Tidal unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Nach Entgegennahme des Quartalsberichts gab der Vorsitzende der Versammlung den Vorschlag des Vorsitzenden bekannt, wonach den Frauen der im Felde stehenden Kollegen zu Weihnachten eine Unterstützung gewährt werden soll. Die Versammlung stimmte diesem zu. Sodann gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Es war eine Einnahme von 3207,55 Mk. zu verzeichnen. Die Filialausgabe betrug 402,93 Mk. Im Auftrag der Hauptkasse wurden 302,50 Mk. ausbezahlt. In den Hauptverband wurden 402,05 Mk. gezahlt. In der Filialkasse ist ein Massenbestand von 2100,07 Mk. vorhanden. Die Mitgliederzahl beträgt nach Abzug der im Felde stehenden Kollegen 190. In den Vorstand wurden die Kollegen Albrecht als Schriftführer und Kunkle als Kassierer gewählt. Da von Seiten der Marinabehörde den hiesigen Gaswerken Soldaten zur Verfertigung gestellt werden, wurde beschlossen, den Tarif nicht zu kündigen, da unter diesen Umständen kein Erfolg zu erwarten sei. Mit einem kräftigen Mahnwort, die nächsten Versammlungen ebenso zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

### Aus den deutlichen Gewerkschaften

Das „Schuhmachersfachblatt“, das sich auch sonst in letzter Zeit erstaunliche Wöhen gegeben hat (wie erst kürzlich die „Solgarbeiter-Zeitung“ nachwies), hat sich von irgendeinem hn. einen ordentlichen Vären aufbinden lassen über „Opposition“ gegen die „Gewerkschaft“ in einer Berliner „Vertreter“-Versammlung. Unser Berliner Bevollmächtigter, Kollege Müntner, hat dem Blatt bereits eine Verichtigung zugesandt, in der es u. a. heißt: „1. Die „Opposition“ bestand in einer Anfrage, wie sich ein bestimmter sozialpolitischer Artikel über Leistung der Krankenkassen mit der zurzeit andersartigen Praxis unserer Berliner Kasse vereinbaren lasse. 2. Der Redakteur (wie auch der Unterschriftete) haben darauf ziemlich ausführlich geantwortet, unter Hinweis auf die verschiedenartige Auslegung der Volksgesetze usw. 3. Der Fragesteller hat sich mit diesem Bescheide zufrieden gegeben. Interessant wäre es zu erfahren, von wem das „Schuhmachersfachblatt“ mit obigem Artikel angeführt worden ist, da es sich um eine geschlossene Vertrauensmännerversammlung gehandelt hat.“ — Wir hätten dem gewissenlosen Geschreiber dieses hn. keine Bedeutung beigelegt und hätten es gar nicht erwähnt, wenn nicht falsche Vorstellungen über die „Partei-Opposition in den Gewerkschaften“ dadurch entstehen könnten. So mag der Meinsfall des „Schuhmachersfachblatts“ mit seinem famosen Mitarbeiter hn., der sich solche „Opposition“ aus den Fingern saugt, auch an dieser Stelle attestiert werden.

Rundschau

Wegen die Wucherer. Ist es nicht eine himmel-schreiende Schande, daß, während Millionen und aber Millionen selbstgekaufter deutscher Männer tagtäglich dem Tod ins Auge sehen und ihr kostbares und unersetzliches Blut für die Daheimgebliebenen einsehen, manche der Daheimgebliebenen sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichern? Das ist allerdings eine Schande. Wir finden keinen parlamentarischen Ausdruck für ein derartiges Treiben und meinen, daß all die endlosen Beschlüsse und die in Aussicht gestellten Maßnahmen einen Schlag ins Wasser bedeuten angesichts der brutalen Tatsache, daß, unbefümmert um alle diese schönen Worte, der Wucherer heute mehr denn je seine Orgien feiert. Sind denn diese Verbrecher am deutschen Volk — einen anderen Ausdruck finden wir nicht — gar nicht zu fassen? Ist es denn nicht möglich, daß man endlich von den Worten zu Taten übergeht und diese Leute mit den entehrendsten Strafen belegt? ... Weg mit den Schädlingen in unserer Mitte, die sich von dem Raub unseres Volkes nähren! Mit schönen Worten ist uns nicht mehr zu helfen. Wir wollen Taten sehen, weil wir gelernt haben, daß nur Taten wirklich zu etwas führen.

Wie wird eine Kriegsschädigung abgeschätzt? Die Decretenangehörigen erhalten für Dienstverwundungen eine Rente. Als Dienstverwundungen gelten Gesundheitsstörungen, die infolge einer Dienstverletzung oder durch die dem Militärdienst eigentümlichen Verhältnisse verursacht oder verschlimmert sind. Voraussetzung des Anspruchs auf Versorgung ist eine meßbare Verminderung der Erwerbsunfähigkeit. Dabei ist es belanglos, ob der Schaden in einer äußeren Verletzung oder einer inneren Erkrankung (wie Rheumatismus) usw. besteht. Bei der Beurteilung des Grades der Erwerbsunfähigkeit ist der von dem Verletzten vor seiner Einschaltung in den Militärdienst ausgeübte Beruf zu berücksichtigen. Hat der Verletzte keinen besonderen Beruf ausgeübt, so erfolgt die Beurteilung nach der allgemeinen Erwerbsunfähigkeit. Unter diesem Begriff ist die zur gewöhnlichen auf Erwerb gerichteten Arbeit erforderliche körperliche und geistige Befähigung zu verstehen. Der dem einzelnen durch die Verletzung in der Ausübung seiner Arbeitskraft und Arbeitsbefähigung erwachsende wirtschaftliche Schaden ist bei der Beurteilung der Erwerbsunfähigkeit ebenso zu berücksichtigen wie die eigentliche Einbuße an der vollen Arbeitskraft. Augenfällige Entstellungen, Beschränkungen in der Wahl der Arbeitsgelegenheit, dadurch bedingte Zurücksetzung der Fähigkeit zum wirtschaftlichen Wettbewerb mit anderen Arbeitern usw. sind in Betracht zu ziehen. Als geschädigt gelten alle Personen, die in ihrer Erwerbsfähigkeit um mehr als 10 Proz. beschränkt sind. Teilweise Erwerbsunfähigkeit liegt bei einer Beschränkung um 10 bis 90 Proz. vor. Vollige Erwerbsunfähigkeit liegt vor bei Personen, die auch nach Abschluß der ärztlichen Behandlung körperlich um mehr als 90 Proz. beeinträchtigt sind oder die bei Wiederaufnahme der Erwerbsfähigkeit eine Verschlimmerung des Leidens zu gewärtigen haben. Die Feststellung des Grades und Grades der teilweisen Arbeitsfähigkeit wird von den Ärzten vorgenommen. Wie aus dem Besagten schon hervorgeht, gibt es für die einzelnen Verletzen und Verletzten keine feststehenden Entschädigungssätze. Im Laufe der Zeit haben sich aber doch durch die Rechtsprechung usw. Anhaltspunkte herausgebildet. Hier sind einige Beispiele, die Ziffern bedeuten in Prozenten den Schaden, den man, als durch die Verletzung begründet, angenommen hat: Verlust des rechten Daumens 30 bis 35, Steifheit des Daumens 15 bis 20, Verlust des linken Daumens 20 bis 30, Steifheit 15 bis 20, Verlust des rechten Zeigefingers 10 bis 20, Verküppelung oder Steifheit desselben ebensoviel, Verlust des Nagelgliedes des linken Zeigefingers 10 bis 20, Verlust der Hälfte des rechten Mittelfingers 10, Verlust des ganzen Mittelfingers 10 bis 15, Verlust des linken Mittelfingers 10, Verlust des Daumens, Zeige- und Mittelfingers der rechten Hand 50, Steifheit des rechten Daumens und Zeigefingers 25, Verlust der beiden ersten Glieder des Zeigefingers sowie des ganzen Mittelfingers 33%, völlige Verküppelung der rechten Hand und des Nagelglieds 60 bis 66%, Verküppelung der linken Hand 50, Verlust des rechten Daumens und der Hälfte des linken Daumens 40, gänzlicher Verlust der rechten Hand 65 bis 75, gänzlicher Verlust der linken Hand 60 bis 66, Verlust des rechten Armes 70 bis 80, Gebrauchsunfähigkeit und Steifheit des Armes 70, Verlust des linken Armes 60 bis 75, völlige Steifheit dieses Armes 50 bis 60, Verlust der großen rechten Zehe nicht über 10, Verlust des größeren Teiles des linken Fußes 33%, Verlust des linken Fußes 50 bis 60, Verlust des rechten Fußes 60, Amputation des linken Beines unterhalb des Kniegelenks 50 bis 60, Verlust des rechten Unterschenkels 65, Amputation des rechten Beines im Obersehenkel 70 bis 75, völlige Steifheit des rechten Beines 33%, Verküppelung eines Kniegelenks 33%, Verlust eines Armes 33%, Verlust eines Auges mit Verletzung der Sehlinie des anderen 60, Zerkleinerung der Linzen beider Augen 25, völlige Erblindung 100,

doppelter Reistenbruch 10 bis 15, Verlust des Gehörs auf einem Ohr ganz, auf dem anderen zum Teil 40, Zungen Schaden mit Neigung zu Blutungen 33%, Herzvergrößerung 60 bis 70, Verküppelung der Wirbelsäule 33%, schwere Neuritis durch Rückenverletzung 50, Verlust des rechten Auges und des linken Vorderarmes 75, Bruch der Wirbelsäule 90, hochgradige nervöse Schwäche 66% Proz. Die so Geschädigten erhalten nur einen Teil der Rente, die für einen Gemeinen 510 Mk., Unteroffizier 600, Sergeanten 720 Mk., Feldwebel 900 Mk. beträgt. Ist die Dienstbeschädigung durch den Krieg herbeigeführt, so tritt noch eine Kriegszulage von 15 Mk. pro Monat hinzu. Für grobe und schwere Verletzungen erkennt das Gesetz noch Verfürsorgezulagen; sie betragen bei dem Verlust einer Hand, eines Auges, der Sprache, des Gehörs auf beiden Ohren monatlich je 27 Mk., bei Verlust oder Erlösung beider Augen 51 Mk. Bei geringeren Verwundungen, wie dem Verlust eines Auges, der Störung der Bewegungs- und Gebrauchsfähigkeit einer Hand, eines Armes, eines Fußes, eines Beines usw. kann eine Zulage gewährt werden. Ist die Schädigung so schlimm, daß die Erwerbsunfähigkeit um mehr als 66% Proz. beeinträchtigt ist, so tritt zu den Renten vom Staate noch die Invalidenrente aus der Invalidenversicherung. Nehmen wir an, ein gewöhnlicher Arbeiter hätte das rechte Bein völlig verloren und er hätte die hierfür höchste Rente von 80 Proz. zugewilligt erhalten. Er erhält nun:

Grundrente pro Jahr 424 Mk., pro Monat 35,40 Mk. Kriegszulage 15,-- Verfürsorgezulage 27,-- Invalidenrente aus der Invalidenversicherung 16,-- Zusammen pro Monat 83,40 Mk.

Die Grundrente kann und wird gekürzt werden, wenn nach einiger Zeit Besserung oder Gewöhnung festgestellt wird. Der Arbeitsverdienst allein soll hier ohne Einfluß sein. Die anderen Zulagen bleiben. Es könnte nur noch die Invalidenrente wegfallen, wenn angenommen wird, daß die Erwerbsbeschädigung weniger als 66% Proz. beträgt und Invalidität nicht mehr vorliegt. Es steht zu erwarten, daß die einschlägigen Gesetze nach dem Krieg geändert werden.

Sie wollen keinen Staatssozialismus. In einer Gesamtvorstandung des Verbandes sächsischer Industrieller" besprach der nationalliberale Abgeordnete Dr. Stresemann die zwangsweise Schaffung des Kohlenjunktats. Schon im Reichstage seien Vorkämpfer gegen das Vorgehen der Regierung in der Syndikatsfrage ausgesprochen worden; man befürchte, daß der hier vorliegende Weg des Staatssozialismus etwa die Richtung künftiger deutscher Wirtschaftspolitik bedeuten könnte. Der Gesamtverband des Verbandes hat vor Jahren mit aller Entschiedenheit die Preispolitik und die Lieferungsbedingungen des Kohlenjunktats bekämpft und vertritt weiterhin den Standpunkt, daß Syndikate, welche über die unermessbaren Bodenschätze an unentbehrlichen Rohstoffen verfügen, sich staatlichen Eingriffen zu unterwerfen haben, wenn das Gesamtinteresse es erfordert. Die Art und Weise aber, wie in dem vorliegenden Falle seitens des preussischen Handelsministeriums der Versuch gemacht wurde, ein Preisjunktat durch ein Zwangs-junktat zu ersetzen, falls nicht bestimmte Voraussetzungen erfüllt würden, und die damit im Zusammenhang stehenden und sofort einschneidenden Festsetzungen des Reichstages das Reich zu noch weitergehenden Eingriffen in das freie Selbstbestimmungsrecht des Unternehmers zu veranlassen, muß auch von Seiten der Fertigungsindustrie zurückgewiesen werden. Die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens beruht auf der freien Initiative der deutschen Unternehmer und Kaufleute, und niemals wäre Deutschland zu seiner heutigen Blüte gekommen, wenn man etwa schon früher derartige Tendenzen der Unterbindung dieser Freiheit hätte verfolgen wollen. Gerade angesichts der Tatsache, daß es nach dem Kriege der Anspannung aller Kräfte bedarf, um das deutsche Wirtschaftsleben auf seiner jetzigen Höhe zu erhalten und weiter zu entfallen, muß der Gesamtverband auf das entschiedenste dagegen Einspruch erheben, daß der hier beschrittene Weg der staatssozialistischen Regelung des Wirtschaftslebens etwa weiter verfolgt werde." Die Abneigung gegen den Staatssozialismus kommt hier deutlich zum Ausdruck. Ohne des Eingreifen des Staates in das freie Selbstbestimmungsrecht der Unternehmer wären aber die Zustände unhaltbar geworden. Auf dem Lebensmittelmarkt würden die Verhältnisse günstiger sein, wenn der Staat schärfer in das "Spiel der freien Kräfte" eingegriffen hätte.

Die Entwicklung der Konsumvereine im 1. Halbjahr 1913. Wir alle wissen, wie tapfer unsere Konsumvereine die ersten schlimmen Wochen und Monate des Krieges überstanden haben, welche unendlichen Nutzen sie durch ihre preisregulierende Tätigkeit, die dem Lebensmittelwucher wenigstens einen Damm entgegenstellte, für die gesamte Bevölkerung gewirkt haben. Immerhin mußte man der weiteren Entwicklung der Dinge im Laufe des Krieges nicht ganz ohne Bedauern entgegensehen. Man mußte also für das neue Jahr wohl oder übel mit einem Rückgang in den Leistungen der Konsumvereine rechnen. Tatsächlich ist ein solcher Rückgang auch in einzelnen Vereinen eingetreten; wenn man aber die



In den verschiedenen Revisionenverbänden zusammengefaßte Gesamtheit der Genossenschaften ins Auge faßt, so findet man, daß nicht nur kein Rückgang, sondern trotz all dieser erschwerenden Verhältnisse sogar eine Zunahme des Umsatzes der Vereine stattgefunden hat. Wir lassen in nachstehendem die Umsatzziffern der einzelnen Verbände folgen, wie die „Konsumgenossenschaftliche Mundschau“ sie veröffentlicht hat. Der brandenburgische Verband erzielte in den Monaten Mai und Juni d. J. einen Umsatz von 7797217 Mk., während er in den gleichen Monaten des Vorjahres nur einen solchen von 7221404 Mk. erzielt hatte, so daß also das Mehr 575813 Mk. beträgt. Die Vereine des südwestdeutschen Verbandes verzeichneten für die ersten sechs Monate des laufenden Jahres einen Umsatz von 19598271 Mk. gegenüber einem solchen von 18316613 Mk. im Vorjahre, was einer Zunahme von 1281661 Mk. entspricht. Vom nordwestdeutschen Verband liegen die Ergebnisse für die ersten fünf Monate des Jahres vor. Demnach betrug der Umsatz vom 1. Januar bis 31. Mai 1915 37219231 Mk., im Vorjahre dagegen nur 33063080 Mk., so daß die Zunahme 4156151 Mk. beträgt. Von einem allerdings nur kleinen Umfang hat nur der mitteldeutsche Verband zu berichten. Seine Vereine legten vom März bis Juni in diesem Jahre für 10758995 Mk. um, im Vorjahre dagegen für 10782418 Mk. Besonders günstig entwickelt haben sich im allgemeinen die ganz großen Vereine. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung verzeichnet beispielsweise für Mai und Juni dieses Jahres einen Umsatz von 3203911 Mk., während sie im Vorjahre in der gleichen Zeit nur für 3203988 Mk. verkaufte. Die Damburger „Produktion“ vergrößerte ihren Umsatz in den ersten fünf Monaten von 9899392 Mk. im Vorjahre auf 12459108 Mk. in diesem Jahre. Ein außerordentlich befriedigendes Bild bieten auch die Sparkassen der Konsumvereine. Gewiß sind bei sämtlichen Verbänden die Einzahlungen wesentlich zurückgegangen. Aber auch die Auszahlungen haben sich vermindert, so daß immer noch ein Ueberschuß, der Ein- über die Auszahlungen vorbunden ist, wenn dieser auch meist nicht so groß ist wie im Vorjahre. Im brandenburgischen Verband betragen im Mai und Juni des letzten Jahres die Einzahlungen 818017 Mk., die Auszahlungen dagegen 491555 Mk., der Ueberschuß der ersteren also 326462 Mk. Im laufenden Jahre standen 802642 Mk. Einzahlungen nur 356068 Mk. Auszahlungen gegenüber; der Einzahlungsüberschuß beträgt also 446574 Mk. und ist damit sogar größer als im Vorjahre. In den Sparkassen des südwestdeutschen Verbandes wurden im Mai und Juni des Vorjahres 406343 Mk. eingezahlt und 207289 Mk. ausgezahlt, mithin ein Einzahlungsüberschuß von 199054 Mk. Dagegen wurden in denselben Monaten des laufenden Jahres 238195 Mk. ein- und 169197 Mk. ausgezahlt; Ueberschuß 68718 Mk. Der mitteldeutsche Verband berichtet über folgenden Sparkassenverehr. März bis Juni 1914: Einzahlungen 733190 Mk., Auszahlungen 588385 Mk., Ueberschuß 144805 Mk. März bis Juni 1915: Einzahlungen 637261 Mk., Auszahlungen 509605 Mk., Ueberschuß 127656 Mk. Im nordwestdeutschen Verband endlich gestaltete sich der Sparkassenverehr in dieser Weise. Januar bis Mai 1914: Einzahlungen 1619967 Mk., Auszahlungen 2478582 Mk., Ueberschuß 214385 Mk.; Januar bis Mai 1915: Einzahlungen 298270 Mk., Auszahlungen 2317608 Mk., Ueberschuß 620662 Mk. So gewährt auch die Gestaltung des Sparkassenverehrs der Konsumvereine das Bild einer gesunden, von dem Vertrauen der Mitglieder getragenen Entwicklung. Denn dürfen wir bereits, ohne uns in leibschmerzliche Prophezeiungen einzulassen, sagen, daß unsere Konsumgenossenschaften aus dieser kühnen Krisenzeit mit gesteigerter Kraft und erhöhtem moralischen Ansehen hervorgehoben werden.

**Der Lebensmittelpekulant.**

Er kennt nur eines: den Profit.  
Er macht bei allem seinen Schnitt.  
Er prellt den Krieg mit Herz und Mund.  
Der Lumpenhund.  
Die Ware steigt auf sein Gebelch.  
Die Viktualien und das Fleisch.  
Sie nähren erst den Lebensstanz  
Des Lumpenhunds.  
Den Markt beherrscht sein Catendurft.  
Das Volkswohl ist ihm gänzlich wurft.  
Dafür ichwillt Rauch und Keutel rund  
Dem Lumpenhund.  
Ja, Michel, warum zagt Du nur?  
Nimm ihn doch endlich in die Kur  
Und hau' ihn bis zum Seelenichwund,  
Den Lumpenhund.

**Eingegangene Schriften und Bücher.**

Wie werde ich bei einer aus Anlaß des Krieges erlittenen Beschädigung versorgt? Ein Werkbuch für jeden Träger von Rechnungsrat, Tennig, Geheimere expedierender Sekretär der Pensionsabteilung des kgl. Preuss. Kriegsministeriums. (Verlag des „Deutschen Offizierblattes“, Gerhard Dalling in Eldenburg i. Gr. Preis 35 Pf.).  
Ratgeber für die Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer. Von Willibald Zeltner, Rechnungsrat im Reichs Justizamt in Berlin. Eine kurzgefaßte Darstellung der Versorgungsansprüche mit Formularen für Anträge und einer Tabelle. Stiftungsvorlag, Potsdam. 40 Pf.

**Totenliste des Verbandes.**

**A. Eisenmann, Göppingen** | **August Wagner, Berlin**  
Städt. Arbeiter | Parkarbeiter  
† 7. 10. 1915, 47 Jahre alt. | † 10. 10. 1915, 78 Jahre alt.



**Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:**

- David Behling, Berlin**  
am 24. September im Alter von 39 Jahren gefallen.
- Robert Gatz, Leipzig**  
am 12. Mai im Alter von 26 Jahren gefallen.
- Hermann Haut, Kottbus**  
am 21. August im Alter von 29 Jahren im Lazarett verstorben.
- Franz Jantos, Berlin**  
am 16. September im Alter von 38 Jahren gefallen.
- Ludwig Köck, München**  
am 25. September im Alter von 33 Jahren gefallen.
- Georg Kumschlies, Essen**  
am 23. September im Alter von 38 Jahren im Westen gefallen.
- Wilhelm Kliege, Berlin**  
am 3. Oktober im Alter von 30 Jahren gefallen.
- K. Mazanczyk, Frankf. a. M.**  
am 30. August im Alter von 32 Jahren in Rußland gefallen.
- Kurt Nell, Freiburg**  
am 30. September im Alter von 21 Jahren in Frankreich gefallen.
- Gebürtler:  
**Hubert Päh, Düsseldorf**  
im Alter von 32 Jahren
- Wilhelm Päh, Düsseldorf**  
im Alter v. 30 Jahren am 25. 9. zusammen in Frankf. gefallen.
- Karl Salomon, Hamburg**  
am 7. Oktober im Alter von 32 Jahren im Westen gefallen.
- August Schäfer, Mainz**  
am 3. September im Alter von 32 Jahren im Westen verstorben.
- Fritz Scholz, Breslau**  
am 22. September im Alter von 27 Jahren gefallen.
- August Schreibe, Leipzig**  
am 30. Juni im Alter von 24 Jahren gefallen.
- Otto Schrennemann, Kolberg**  
am 22. Juli im Alter von 29 Jahren in Rußland gefallen.
- Joh. Schomaker, Hamburg**  
am 24. September im Alter von 34 Jahren im Osten gefallen.
- Otto Seisarth, Leipzig**  
am 2. Oktober im Alter von 28 Jahren im Lazarett verstorben.
- Hans Stelking, Hamburg**  
am 24. August im Alter von 27 Jahren im Osten gefallen.
- Maxim. Terlooga, Hamburg**  
am 25. September im Alter von 34 Jahren im Westen gefallen.
- Reinh. Wehder, Neugersdorf**  
am 23. September im Alter von 30 Jahren im Westen gefallen.
- Ernst Wöhl, Cuxhaven**  
am 7. September im Alter von 30 Jahren gefallen.

**Ehre ihrem Andenken!**

Demnächst erscheint:

**Notiz-Kalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter**

**1915-16**

Preis 1 Mark, für Mitglieder 50 Pfennig

Aus dem Inhalt:

Staatliche Darstellungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in städtischen Betrieben, in den Pflege- und Badeanstalten, Rentenansprüche der Kriegsteilnehmer und ihrer Hinterbliebenen usw.

Bestellungen müssen schnellstens bei den Vorständen der Filialen bewirkt werden. Einzelmitglieder können den Kalender direkt vom Verbandsbureau, Berlin W. 57, Winterfeldtstraße 24, beziehen. Der Vorstandsvorstand.

Bild: In Vertretung des Verbandes der Gemeindef. und Staatsarbeiter des Deutschen Reiches, Verbandsbureau, Berlin W. 57, Winterfeldtstraße 24. Druck: Sorowats Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.